AUSBLICK AUF DAS JAHR 2014 POLITIK, WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT

Was erwartet die Schweiz? Sechs prominente Stimmen zum neuen Jahr

Prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben für diese Zeitung einen Text verfasst, in welchem sie das kommende Jahr einschätzen. Unter ihnen auch der künftige Bundespräsident Didier Burkhalter.

Biodeutsche und Exoten

An den deutschsprachigen Stadttheatern und in den Blogs tobt ein Konflikt. Die «Migranten» erheben sich. Der Vorwurf der Migranten an die Theater: Sie, die Migranten, dürften «Migranten» spielen auf der Bühne, aber im Gegensatz zu den Biodeutschen (Wort des Jahres 2013?) nichts anderes. Sie würden immer nur – obwohl auch im Besitz des deutschen Passes – auf äusserliche Merkmale reduziert: Hautfarbe, Gangart, Essen, Slang. Die grossen Rollen – und die Machtpositionen an den Theatern – würden ihnen verwehrt.

Leider ist es wirklich so: Die farbigen Deutschen stehen für Exotik, die Biodeutschen in der Dramaturgie für den Sinngehalt. Geist und Körper werden hier noch sehr altmodisch getrennt, wie im 19. Jahrhundert. An Theater mit solch rassistischen Strukturen fliesst in den deutschen Städten, aber auch in den schweizerischen der grösste Teil der Subventionen. Auch in Bern. Für die freie Kunstszene, für den Film, die Literatur, die sich alle längst viel erfolgreicher um integrative Arbeit kümmern, bleiben oft vom grossen Subventionskuchen nur Brosamen. Und die Clubs? In denen man sich verlieben kann, egal, welche Hautfarbe man hat? Die sterben oder sind zu teuer.

Samuel Schwarz: Film- und Theaterregisseur. *zvg*

Ist das alles Resultat sozialdemokratischer Kulturpolitik? Ja! Das Konzert Theater Bern – das über 60 Prozent aller Subventionen schluckt – und das vor seiner (Neu-)Gründung mit der Zielsetzung «internationaler Ausstrahlung» prahlte – hat letzte Woche Zwischenbilanz gezogen. Nebst geschönten Zahlen wird das Gastspiel einer Moritz-Rinke-Inszenierung in die deutsche Provinz als ein «internationaler Erfolg» verbucht. Ich kenne Moritz Rinke ein bisschen. Habe ihn mal in Worms getroffen. Da schrieb er grad für Veronika Ferres als Brünhilde eine seichte Fassung der Nibelungensaga. Biodeutscher gehts nimmer. Wenn die Elite so drauf ist, wen wunderts, dass in solcher völkischer Atmosphäre biopolitische Initiativen wie Ecopop aufblühen, über die wir 2014 abstimmen werden. Begleitet von Gewaltorgien wie bei «Tanz dich frei». Fröhliches neues Jahr!

Regulatorischer Tsunami bedroht die Schweiz

Prognosen für 2014 sind mit Unsicherheiten verbunden. Dennoch sage ich mit grösserer Treffsicherheit als Mike Shiva voraus: Das aktuelle Tiefdruckgebiet über dem schweizerischen Finanz- und Bankenplatz dauert das ganze Jahr! Einige Aufhellungen dürften sich in der ersten Jahreshälfte zum «US-Steuerstreit» ergeben. Den US-Behörden eilt es nicht, denn in den ersten Monaten werden die Informationen der Banken aus der Kategorie 2 ausgewertet; in der zweiten Jahreshälfte melden sich die meisten übrigen Banken in Kategorie 3 und Kategorie 4 an. Viele Banken werden sich fragen: «Warum sind wir eigentlich in die Kategorie 2 gegangen?»

Mit Gewitterschäden müssen die Banken rechnen, die sich auf Gelder aus der «US-Steuerdelinquenz» spezialisiert haben. Die anderen Banken dürften kaum einem Sturm begegnen, sie dürften mit etwas Regen konfrontiert werden, sodass das Mitführen von Regenschirmen unerlässlich ist – vor allem wenn die Bussendekrete bekannt werden. Auf internationaler Ebene sind einige Flächenbrände für die Bankenszene zu beobachten (Skandale zu Libor- oder zu sonstigen Zins- und Währungsmanipulationen). Mit horrenden Bussenzahlungen werden diese Brände bekämpft. Es braucht wenig Fantasie, um zu sagen, dass die Schweizer Grossbanken im Regen stehen werden. Die CS könnte 2014 in einen schadenreichen Hagelsturm geraten, war sie doch bei den beiden US-Hypothekarinstituten Fannie Mae und Freddie Mac mit verbrieften Hypothekarkrediten in Höhe von mehr als 14 Milliarden Dollar im Risiko – und wurde eingeklagt. Die Deutsche Bank hatte ungefähr gleich viele Kredite verbrieft und verglich sich vor einigen Tagen mit dem US-Aufseher FHFA, indem sie knapp 2 Milliarden Dollar Busse zahlte.

Peter V. Kunz: Professor für Wirtschaftsrecht, Uni Bern. *I. Andermatt*

Sturmwarnung: Ein regulatorischer Tsunami bedroht ab 2014 selbst das Binnenland Schweiz. Die geplante «Finanzplatzarchitektur» mit neuen Gesetzen (Finanzdienstleistungs-, Finanzmarktinfrastruktur- und Finanzinstitutsgesetz) erfreut zwar professorale Herzen, wird den Praktikern indes mehr Aufwand und Unsicherheiten bescheren. Das Boot scheint vom legislativen Kentern bedroht. Zum Schluss ein Lichtblick: Im Frühlingssemester 2014 bilde ich an der Uni Bern wieder Studentinnen und Studenten im Finanzmarktrecht aus. Und Juristen benötigen in ihrem Beruf ohne Zweifel mehr Sonnen- als Regenschirme.

Gewinn, der sich nicht in Franken messen lässt

Bevor ein Arzt die Prognose stellt, schaut er auf die Anamnese. So stosse ich auf Ereignisse, die zentrale gesellschaftliche Themen, wie Menschlichkeit, Sorge für uns selbst und den Umgang mit Macht, im nächsten Jahr beeinflussen werden.

Die moderne, freiheitliche Gesellschaft konfrontiert uns mit Menschen, die anders reden, denken und aussehen. Das stellt unsere Toleranz auf die Probe. Die politische Debatte ist lanciert, und die Schweiz muss entscheiden, wie sie mit ihren Aussenseitern – psychisch Kranke, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Einwanderer – umgeht. Umso mehr wird eine zivilisierte Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass die Menschlichkeit, nämlich Respekt und Mitgefühl für die Betroffenen, in der Hitze des politischen Gefechtes nicht verloren geht.

Suizide ausserordentlich erfolgreicher, sozial engagierter Menschen haben uns erschüttert und daran erinnert, dass psychischer Schmerz ebenso fatal sein kann wie eine körperliche Erkrankung. Die spärlichen Informationen über das Innenleben dieser Menschen erklären nichts. Oft sind die eigentlichen Ursachen der vermeintlichen Ausweglosigkeit unsichtbar: unaussprechliche Kränkungen, der Verlust von Lebenszielen oder der Selbstachtung. Die Angst vor geheucheltem Mitleid oder Unverständnis treibt in die Isolation. Doch wenn die Lebensfreude verloren geht, kann Verantwortungsgefühl aus der Talsohle führen. Zur Sorge für uns selbst gehört, dass wir uns jederzeit vergewissern können, gebraucht zu werden.

Werner Strik: Direktor der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern, Professor der Universität Bern. *Beat Mathys*

Öffentliche Gelder müssen gezielter eingesetzt werden. Wenig diskutiert wird die Auswirkung der Finanzkrise auf den Umgang mit Macht. Die soziale Verantwortung war einmal ein Leitprinzip für die Aufgaben des Staates. Heute werden unreflektiert die Prinzipien und der Führungsstil der Privatwirtschaft übernommen – wer zahlt, bestimmt. Die Verwicklungen der Universitäten mit Politik und Wirtschaft wie auch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens verursachen zunehmend Unbehagen und Unfrieden. Diese Entwicklung muss reguliert, aber in einem öffentlichen Diskurs auch inhaltlich geklärt werden. Der Mehrwert von Staatsbetrieben ist ja nicht der finanzielle Überschuss, sondern ihr Beitrag für eine zivilisierte und lebenswerte Gesellschaft. Dieser Gewinn lässt sich nicht in Franken messen, sondern an der körperlichen und psychischen Gesundheit, Bildung und Kultur der Bürger, die miteinander und mit sich selbst zurechtkommen und an die Zukunft glauben. Und nicht zuletzt an der Fähigkeit zur internationalen Verständigung als Beitrag zu Frieden und Wissenschaft.

Der Staat muss sparsam mit den Mitteln umgehen und gleichzeitig die zentrale Rolle der Spitäler, Schulen und Universitäten als Reservoir für authentische menschliche Begegnungen, kritisches Denken und eigenständiges Handeln anerkennen und schützen. Das ist kein Widerspruch, sondern eine notwendige, lukrative Investition in die Zukunft.

Abschottung ist keine Option

Im kommenden Jahr steht die Schweiz vor wichtigen Weichenstellungen. Dabei geht es in erster Linie darum, das Fundament des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes für die Zukunft zu sichern. Diese Zukunft schliesst die künftigen Generationen ein. Deshalb muss unsere Politik heute insbesondere den Bedürfnissen der jungen Menschen in unserem Land Rechnung tragen und sich dafür einsetzen, dass junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt gute Perspektiven haben. Dank unserem hervorragenden Forschungs- und Bildungssystem sind die Voraussetzungen dafür gut. Die Arbeit ist für alle Schweizerinnen und Schweizer ein wichtiger Wert – umso mehr müssen wir alles daransetzen, die Arbeitslosigkeit weiter so tief wie möglich zu halten.

Didier Burkhalter: Bundespräsident 2014. *Keystone*

Zu den Stärken unseres Landes zählt seit je auch der Geist der Offenheit. Der kontrollierten Öffnung der Schweiz verdanken wir die erfolgreiche Integration von Ausländerinnen und Ausländern wie auch die Möglichkeit unserer Wirtschaft, dringend benötigte Fachkräfte zu finden. Darum ist für den Bundesrat klar: Abschottung ist keine Option – die Schweiz muss alles daransetzen, ihre Offenheit und damit ihren Handlungsspielraum für die Zukunft zu bewahren.

Diesem Ziel dient auch die Erneuerung des bilateralen Wegs mit der EU. Sie will der Bundesrat 2014 vorantreiben. Wie ein Hausbesitzer sein Haus fit für die Zukunft macht, indem er das Dach erneuert oder eine neue Heizung einbaut, will die Schweiz ihr Verhältnis zur Europäischen Union für die nächsten Jahrzehnte festigen. Heute erreicht der Handel zwischen der Schweiz und der EU rund eine Milliarde Franken pro Werktag. Vor allem mit ihren Nachbarländern ist die Schweiz eng verflochten: Allein der Handel mit dem deutschen Bundesland Baden-Württemberg entspricht dem Handelsvolumen der Schweiz mit den USA, und der Austausch mit den grenznahen Regionen Italiens übertrifft den Umfang des Handels mit China. Dieses Geflecht für die Zukunft zu stärken, liegt im ureigenen Interesse unseres Landes.

Zu den Prioritäten unserer Aussenpolitik gehört auch das Engagement für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Mit ihrem Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erhält die Schweiz 2014 neue Möglichkeiten, um diese Ziele zu verfolgen. Hier kann sich die Schweiz als Taktgeberin für einheitliche Spielregeln in einem Gebiet starkmachen, das vom kanadischen Vancouver bis Wladiwostok im Osten Russlands reicht. Zweifellos eine grosse Herausforderung für unser Land – aber der Einsatz lohnt sich. Denn dass sich die Schweiz weltweit für Werte wie persönliche Freiheit, Solidarität und Menschenrechte einsetzt, liegt auch in unserem eigenen Interesse: Wir alle profitieren von einer stabilen, sicheren Welt.

Bildung soll sich stärker der Wirtschaft anpassen

Für das kommende Jahr bin ich durchaus optimistisch, und ich erwarte für unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen eine positive Entwicklung. Die letzten Zahlen des Bundes stützen meine Erkenntnisse und Erfahrungen, die ich zuletzt gemacht habe. Die Firmen, in die ich Einblick habe, sind mittelständische Schweizer Industrieunternehmen, die ihre Produkte weltweit vertreiben. Die sich erholende globale Wirtschaft erhöht die Nachfrage nach unseren Qualitätsprodukten.

Daneben muss aber auch das Angebot stimmen. Bei der Ypsomed profitieren wir etwa davon, dass wir in einer Branche tätig sind, die einem starken Wachstum unterliegt, und dass wir mit einem sehr guten und technologisch hochstehenden Produktangebot die Kunden bedienen können. Damit eine Firma auf dem globalen Spielfeld bestehen kann, erfordert es viel Spezialwissen, und die Mitarbeitenden brauchen unterschiedlichste Fähigkeiten. Diese Fachkompetenz und unsere Ausbildungsqualität, welche massgebende Treiber für die Innovationskraft unserer Firmen sind, halte ich für eine sehr wichtige Rahmenbedingung für den Produktionsstandort Schweiz. Diese Qualitäten gilt es zu stärken und zu fördern. Meiner Meinung nach dürfte sich die Bildung noch stärker an die Bedürfnisse und die Nachfrage der Wirtschaft anpassen.

Willy Michel: Präsident und CEO der Ypsomed-Gruppe. *Thomas Peter*

Eine weitere gewichtige Herausforderung, die sich der Wirtschaft stellt, ist für mich weiterhin die Frankenstärke. Obschon die Nationalbank die Situation mit der Kursfixierung entschärft hat, kämpfen exportorientierte Schweizer Firmen immer noch mit dem Handicap eines starken Frankens in Vertragsverhandlungen. Einer weiteren Abschwächung des Frankens habe ich nichts entgegenzusetzen. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht durch politische Massnahmen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwächen. In der Wirtschaft sind wir darauf angewiesen, dass wir flexibel und ohne Hürden Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutieren können. Ebenso halte ich es für gefährlich, Lohnbänder oder Lohnverhältnisse zu diktieren. In einer globalisierten Welt sind solche wirtschaftsfeindlichen Fussfesseln jedoch relativ einfach zu überwinden. Wir müssen uns dem Wettbewerb stellen, aber natürlich hat die Wirtschaft die Verantwortung, dass jeder Arbeitnehmer von seiner Arbeit leben kann. Last, but not least ist es die Aufgabe der Politik, die Standortattraktivität des Produktionsplatzes Schweiz hochzuhalten – insbesondere wenn ich an die (Unternehmens-)Steuerreformen denke.

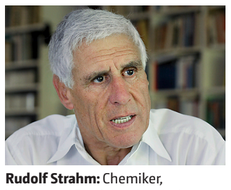
Ich freue mich auf die wirtschaftlich gute Ausgangslage für 2014 und auf die Herausforderungen, die sich stellen. Ich bin sicher, dass wir als Gesellschaft weiterhin die Weitsicht haben, diese Herausforderungen nachhaltig zu meistern und unser Land und unsere Region wirtschaftlich und gesellschaftlich vorwärtszubringen.

Drei Dinge werden uns in Stress versetzen

Im Jahr 2014 wird es unserem Land wirtschaftlich gut gehen. Wir sind konkurrenzfähig, wirtschaftlich gesund, und wir profitieren per saldo von der Weltwirtschaft. Doch drei Herausforderungen durch die Spielregeln der globalisierten Welt werden uns innenpolitisch in Stress versetzen und interne Gräben aufreissen.

Da ist erstens die Einwanderung. Drei Volksinitiativen rund um die Zuwanderung werden 2014 als demokratisch legitimes Ventil für das verbreitete Unbehagen dienen. Der interne Konflikt wird sich nicht nur um die EU-Personenfreizügigkeit drehen, sondern auch darum, ob wir die Kraft haben, mit einem gesetzlichen Mindestlohn die Tiefstlohneinwanderung bildungsferner Schichten aus Osteuropa für die Zukunft zu steuern.

Da ist zweitens unsere noch nicht vollzogene Anpassung an die neuen internationalen Spielregeln gegen Steuerflucht und Geldwäscherei: der unsichere Vollzug des US-Deals und des Fatca-Abkommens mit den USA; die Erweiterung der Amtshilfe mit der EU; der automatische Steuerdatenaustausch mit OECD-Ländern. All dies wird Bundesbern auch im kommenden Jahr in Stress versetzen. Denn für jene bürgerlichen Politiker, die jahrzehntelang den Mythos Bankgeheimnis so lange gepredigt hatten, bis sie selber daran glaubten, ist dieser Anpassungsprozess mit Schmerzen und entsprechender Aggressivität (zum Beispiel gegen den Bundesrat) verbunden. Ohne ausländischen Druck war es der Schweiz zuvor nie gelungen, ihr Haus in Sachen Finanzplatz in Ordnung zu bringen.



Rudolf Strahm: Chemiker, Volks- und Betriebswirtschafter, ehemaliger Preisüberwacher, Buchautor. *Stefan Anderegg*

Der dritte innenpolitische Stress geht aus vom Druck der EU, die Steuerprivilegien der hier ansässigen internationalen Holdinggesellschaften aufzuheben und deren ausländischen Umsätze gleich hoch zu besteuern wie jene in der Schweiz. Für Kantone wie Zürich, Zug, Waadt, Basel, Genf, die mit solchen Steuerschlupflöchern am meisten gesündigt hatten, ist der Anpassungszwang am schmerzhaftesten. Doch auch Bern wird Nachteile erleiden, weil diese reicheren Kantone weniger in den interkantonalen Finanzausgleich zahlen wollen. Uns Bernern wird ab 2014 das bestehende, unvollständige System des Finanzausgleichs, bei dem jede Harmonisierung der Unternehmenssteuern fehlt, am meisten wehtun.